

Hillary Clinton oder Donald Trump – wer wird der bessere US-Präsident?

45

Florian Dorn, Manuela Krause, Philipp Meier* und Niklas Potrafke

In der September-Umfrage des Ökonomenpanels von ifo und FAZ wurden Professoren für Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten zu der bevorstehenden Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten von Amerika befragt. Die große Mehrheit der Teilnehmer würde dabei Hillary Clinton als Präsidentin wählen. Von einer Präsidentschaft Clintons erwarten die Teilnehmer im Vergleich zur Alternative Trump auch mehrheitlich bessere ökonomische sowie politische Impulse.

Am 8. November 2016 wird in den USA ein neuer Präsident gewählt. Bei den Demokraten setzte sich Hillary Clinton gegen ihren innerparteilichen Konkurrenten Bernie Sanders durch. Für die Republikaner tritt der milliardenschwere Unternehmer Donald Trump an, der sich mit seiner stark polarisierenden Wirkung gegen ein breites Bewerberfeld – unter anderem gegen die zuvor als Favoriten gehandelten Senatoren Ted Cruz und Marco Rubio – durchsetzte. Donald Trump hat bisher keinerlei politische Erfahrung und macht in erster Linie durch populistische Äußerungen auf sich aufmerksam. Hillary Clinton konnte hingegen bereits als ehemalige Senatorin von New York, Außenministerin und First Lady umfangreiche politische Erfahrungen sammeln. Allerdings gilt Clinton damit vielen als Vertreterin des Establishments und somit auch der politischen Stagnation. Beide Kandidaten sind in der US-amerikanischen Bevölkerung so unbeliebt wie kaum ein US-Präsidentschaftskandidat zuvor (vgl. u.a. Blake 2016; Enten 2016; Guskin 2016; Saad 2016). Zwar haben Außenseiterkandidaten wie der Libertäre Gary Johnson oder die Grüne Jill Stein aufgrund des Wahlsystems kaum Chancen, ihre Anhänger könnten jedoch trotzdem wahlentscheidend werden.¹

In der September-Umfrage wurden die Ökonomen zunächst gefragt, wen sie zum Präsidenten wählen würden, wenn sie als US-Amerikaner bei der Präsidentschaftswahl im November eine Stimme hätten. Neben den beiden Kandidaten der großen Parteien Hillary Clinton und Donald Trump standen den Befragten auch Gary Johnson (Libertäre Partei),

Jill Stein (Grüne Partei) sowie der Wirtschaftsprofessor Laurence Kotlikoff als unabhängiger Bewerber zur Auswahl. Zudem wurden sie zu ihrer Einschätzung befragt, welche Auswirkungen eine Präsidentschaft Clintons oder Trumps auf verschiedene ökonomische und politische Aspekte sowie auf spezielle Politikfelder hätte. Die Rücklaufquote betrug 23,4%. 91,3% der Teilnehmer beantworteten dabei den Fragebogen vollständig.

Deutsche Ökonomen würden Clinton wählen

Während in Umfragen in der US-amerikanischen Bevölkerung das Rennen um das Weiße Haus zwischen Hillary Clinton und Donald Trump weiterhin offen zu sein scheint,² positionieren sich US-amerikanische Ökonomen eindeutig auf der Seite von Clinton. In einer Umfrage unter den Mitgliedern der National Association for Business Economics³ lag Clinton mit 55% deutlich vor Trump (14%), der sogar hinter den Libertären Gary Johnson (15%) zurückfiel (vgl. NABE 2016).

Noch deutlicher als die US-amerikanischen Ökonomen positionieren sich Deutschlands Wirtschaftswissenschaftler in ihren Antworten im Ökonomenpanel (vgl. Abb. 1). Befragt zu ihrer persönlichen Wahlentscheidung bei der Präsidentschaftswahl im November, würde

* Philipp Meier war von August bis Oktober 2016 Praktikant im ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

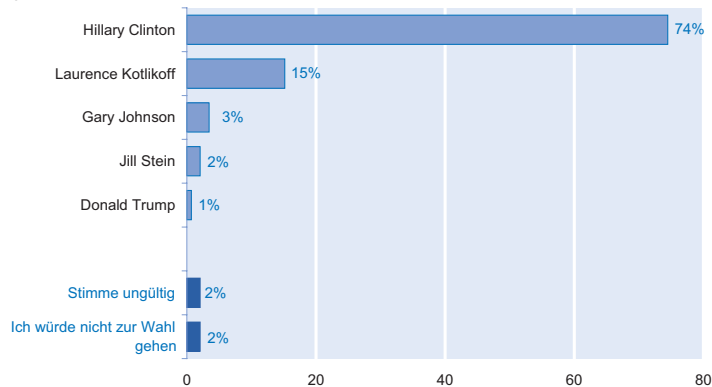
¹ So beabsichtigen gerade junge, zuvor von Sanders begeisterte Wähler für Stein oder Johnson und somit nicht für Clinton zu stimmen (vgl. Peters und Alcindor 2016).

² Zwar konnte sich inzwischen Hillary Clinton in jüngeren Umfragen etwas deutlicher von Donald Trump absetzen, allerdings ist der Abstand teils noch weiter innerhalb der Fehlertoleranz. Vgl. *CNN and ORC International*, Poll vom 2. Oktober 2016; *The Economist* und *YouGov*, Poll vom 3. Oktober 2016, sowie *The New York Times*, Latest Election Polls 2016, verfügbar unter: http://www.nytimes.com/interactive/2016/us/elections/polls.html?_r=0.

³ Die Mitgliedschaft in der NABE ist laut eigenen Angaben nicht begrenzt, sie richtet sich allerdings hauptsächlich an akademische und in der Privatwirtschaft tätige Wirtschaftswissenschaftler (vgl. www.nabe.com).

Abb. 1
Wahlentscheidung deutscher Ökonomen bei der im November anstehenden Präsidentschaftswahl in den USA

Wenn Sie als US-Amerikaner bei der Präsidentschaftswahl im November eine Stimme hätten, wen würden Sie wählen?



Quelle: Ökonomenpanel September 2016.

eine Mehrheit von 74% der Teilnehmer Hillary Clinton ihre Stimme geben. Mit deutlichem Abstand folgt auf Platz 2 der als unabhängiger Kandidat ins Rennen gehende Wirtschaftsprofessor Laurence Kotlikoff mit 15% aller Stimmen. Dahinter folgen der Kandidat der Libertären Partei, Gary Johnson, sowie die Kandidatin der Grünen, Jill Stein, mit 3% bzw. 2% der Stimmen. Lediglich 1% der Teilnehmer würde für Donald Trump stimmen. Ein größerer Anteil der Teilnehmer würde dabei lieber mit ungültiger Stimme wählen (2%) oder überhaupt nicht zur Wahl gehen (2%), als Donald Trump zu wählen.

Weiterhin dazu befragt, warum sie nicht zur Wahl gehen würden, nennt eine Mehrheit von zwei Dritteln der Teilnehmer, die nicht zur Wahl gehen würden, die zur Auswahl stehenden Kandidaten als Begründung. Ein Drittel würde dagegen grundsätzlich nicht zur Wahl gehen.

Teilnehmer, die bei der ersten Frage für einen anderen Kandidaten als Donald Trump oder Hillary Clinton gestimmt hatten, wurden schließlich gebeten, ihre Präferenz zwischen Hillary Clinton oder Donald Trump anzugeben, wenn sie sich zwischen diesen beiden entscheiden müssten. Dabei würde erneut eine absolute Mehrheit von 97% dieser Teilnehmer Hillary Clinton ihre Stimme geben. Donald Trump würde von 3% der Teilnehmer die Stimme erhalten.

Bessere außen- und wirtschaftspolitische Impulse durch Clinton erwartet

Des Weiteren wurden die im Ökonomenpanel befragten Professoren um ihre Einschätzung zu den Auswirkungen der

US-Präsidentschaftskandidaten auf verschiedene ökonomische sowie politische Aspekte gebeten. Konkret wurden die Ökonomen gefragt, von welchem der beiden Kandidaten, Hillary Clinton oder Donald Trump, sie positivere Effekte im Hinblick auf wirtschafts- und außenpolitische Aspekte erwarten.

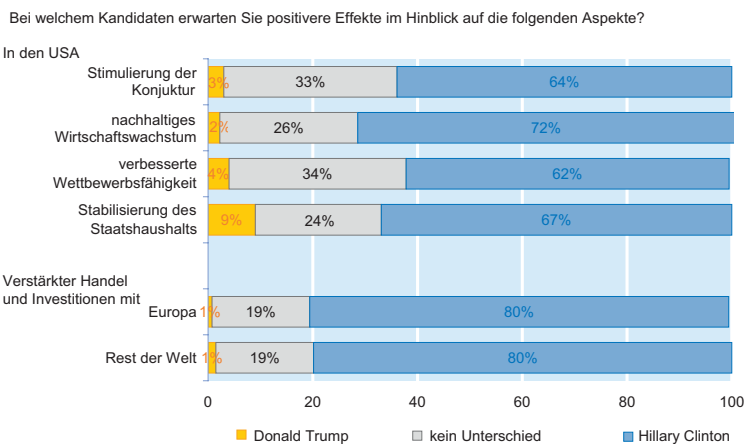
Die Mehrheit der Teilnehmer erwartet in nahezu allen thematischen Bereichen von Hillary Clinton deutlich positivere Effekte als von Donald Trump. Bei einer Fokussierung auf ökonomische Aspekte rechnen die Teilnehmer vor allem im Hinblick auf die Handelsbeziehungen zwischen Amerika und Europa sowie zwischen Amerika und dem Rest der Welt mit positiveren Impulsen durch eine

Präsidentschaft Hillary Clintons (vgl. Abb. 2). Derzeit haben die USA Freihandelsabkommen mit 20 Ländern und verhandeln mit der EU und elf pazifischen Staaten über die Abkommen TTIP bzw. TPP.⁴ Donald Trump lehnt die geplanten Abkommen ab und möchte bestehende neu verhandeln; Hillary Clinton sprach sich in der Vergangenheit grundsätzlich für Freihandel aus, zeigte sich zuletzt aber auch skeptisch gegenüber TPP (vgl. Clinton 2012; 2016).

Neben der Handelspolitik sehen die Teilnehmer auch in Bezug auf ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum (72%), eine Stabilisierung des Staatshaushalts (67%) sowie eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der USA (62%) unter Hillary Clinton als US-Präsidentin deutlich positivere Effekte als unter Donald Trump.

⁴ Vgl. Office of the United States Trade Representative, Home – Trade Agreements – Free Trade Agreements, Stand: Oktober 2016; verfügbar unter: <https://ustr.gov/trade-agreements/free-trade-agreements>. TTIP ist ein Akronym für *Transatlantic Trade and Investment Partnership*. TTP ist ein Akronym für *Trans-Pacific Partnership*.

Abb. 2
Erwartete Auswirkungen auf ökonomische Aspekte

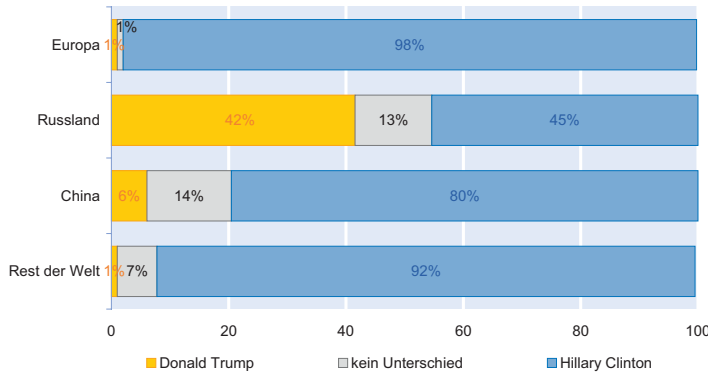


Quelle: Ökonomenpanel September 2016.

Abb. 3
Erwartete Impulse in der Außenpolitik

Bei welchem Kandidaten erwarten Sie positivere Effekte im Hinblick auf die folgenden Aspekte?

Politische Beziehungen zwischen den USA und



Quelle: Ökonomenpanel September 2016.

Im Hinblick auf die politischen Beziehungen zwischen den USA und anderen Ländern, wie beispielsweise Deutschland, ist ebenfalls ein Großteil der befragten Ökonomen der Ansicht, dass Hillary Clinton in dieser Hinsicht bessere Akzente setzen kann als Donald Trump (vgl. Abb. 3). Insbesondere die politischen Beziehungen zwischen Amerika und Europa würden sich nach Ansicht der Teilnehmer unter Hillary Clinton deutlich besser entwickeln. Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Amerika und Russland gehen die Meinungen der Teilnehmer auseinander. 45% der Teilnehmer erwarten demnach unter Hillary Clinton bessere Akzente in den Beziehungen zu Russland; gleichzeitig erwarten hier aber auch 42% der Teilnehmer unter Donald Trump positivere Effekte.

Die Meinung der befragten Ökonomen zu den Wahlprogrammen der Kandidaten im Hinblick auf einzelne Politikfelder

Befragt zu den Effekten einer Präsidentschaft Clintons oder Trumps auf ausgewählte Politikfelder ergibt sich ein ähnliches Bild wie zuvor. Auch hierbei erwartet jeweils eine absolute Mehrheit der Teilnehmer von Hillary Clinton bessere Impulse als von Donald Trump (vgl. Abb. 4).

Steuerpolitik⁵

Auf bundesstaatlicher Ebene gibt es für die **Unternehmenssteuer** derzeit acht verschiedene Steuerklassen mit Grenzsteuersätzen von 15 bis 39% (vgl. Tab. 1).

⁵ Da das Einkommensteuersystem der USA zu komplex ist, um Reformvorschläge fundiert als Teilfrage im Ökonomenpanel unterzubringen, wurde von Fragen zu diesem Punkt in dieser Umfrage abgesehen.

Danach würde beispielsweise ein Unternehmen mit einem zu versteuernden Einkommen von 60 000 US-Dollar, 15% Steuern auf das Einkommen bis 50 000 US-Dollar (= 7 500 US-Dollar) zahlen und 25% auf das Einkommen ab 50 000 US-Dollar, insgesamt ergibt sich daraus eine Steuerlast von 10 000 US-Dollar.

Donald Trump möchte das System reformieren, die Steuerklassen abschaffen und die Unternehmenssteuer bei 15% deckeln (Trump 2016). Der Vorschlag findet nur bei 21% der befragten Ökonomen Zustimmung, während 79%, wie auch Hillary Clinton, eine Beibehaltung des derzeitigen Systems favorisieren.

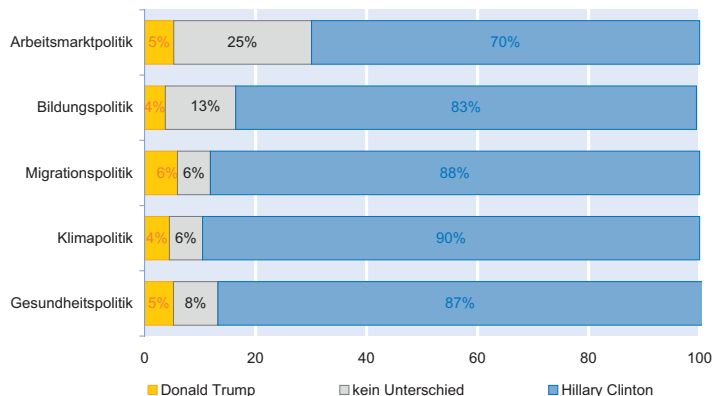
Bei der **Erbschaftsteuer** gibt es derzeit einen Freibetrag von 5,43 Mio. US-Dollar pro Person. Der durchschnittliche effektive Erbschaftsteuersatz beträgt 16,6%, kann aber in Abhängigkeit vom Verwandtschaftsgrad auf bis zu 40% steigen (vgl. Huang und DeBot 2016). Hillary Clinton plant eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45% und eine Absenkung des Freibetrages auf 3,5 Mio. US-Dollar, was 62% der Befragten des Ökonomenpanels für sinnvoll halten. Donald Trumps Vorschlag einer vollständigen Abschaffung der Erbschaftsteuer unterstützen hingegen nur 8% der befragten Ökonomen, während sich 30% der Teilnehmer für eine Beibehaltung des Status quo aussprechen.

Energie- und Klimapolitik

In den letzten acht Jahren erlebten die Vereinigten Staaten durch Fracking einen Boom fossiler Brennstoffe, allerdings kam es unter der Obama-Regierung auch zu einem Ausbau der erneuerbaren Energien, einer stärkeren Regulierung der

Abb. 4
Erwartungen für die einzelnen Politikfelder

Bei welchem Kandidaten erwarten Sie bessere Impulse im Hinblick auf folgende Politikfelder?



Quelle: Ökonomenpanel September 2016.

Tab. 1
US-amerikanischer Unternehmenssteuertarif im Jahr 2015

Steuerpflichtiges Einkommen (in US-Dollar)	Höhe der Steuer	
	Steuer auf den erstgenannten Betrag (in US-Dollar)	+ Steuersatz auf den übersteigenden Betrag (in %)
über ... bis		
0–50 000	0	15
50 000–75 000	7 500	25
75 000–100 000	13 750	34
100 000–335 000	22 250	39
335 000–10 000 000	113 900	34
10 000 000–15 000 000	3 400 000	35
15 000 000–18 333 333	5 150 000	38
über 18 333 333	6 416 667	35

Quelle: Internal Revenue Service (2016); »2015 Instructions for Form 1120. U.S. Corporation Income Tax Return. Cat. No. 11455T«, S. 17.

Treibhausgas-Emissionen und der Unterzeichnung des Pariser Weltklimaabkommens (vgl. Tollefson 2015).

Im Bereich der **Klimapolitik** plant Hillary Clinton eine Weiterführung des Kurses der Obama-Regierung. Sie verspricht eine gezielte Förderung der erneuerbaren Energien sowie die Streichung der Steuervergünstigung für die Ölförderung aus Schiefersand. Diese Vorschläge werden auch von den im Ökonomenpanel befragten Professoren für sinnvoll erachtet. Die Teilnehmer halten diese Vorschlagsliste sowohl im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung der US-amerikanischen Wirtschaft (80%) als auch bezüglich der Konjunktur der US-amerikanischen Wirtschaft (59%) für vorteilhafter als den von Donald Trump eingebrachten Vorschlag oder die Beibehaltung des gegenwärtigen Status quo. Donald Trump plant im Bereich der Klimapolitik eine Aufkündigung aller Programme zur Bekämpfung des Klimawandels sowie ein vermehrtes Investment in Pipelines und fossile Rohstoffe. Diese Vorschläge finden unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten nur sehr geringe Unterstützung bei den befragten Ökonomen (2%). Unter Konjunkturaspekten halten es zwar immerhin noch 13% der Teilnehmer für sinnvoll. Im Vergleich zu Trumps Vorschlägen bevorzugen aber immer noch mehr Teilnehmer den gegenwärtigen Status quo in der Klimapolitik.

Gesundheitspolitik

Im Hinblick auf die **Gesundheitspolitik** spricht sich Hillary Clinton für eine Ausweitung des unter der Obama-Regierung im Jahr 2010 verabschiedeten »Patient Protection and Affordable Care Act« (Obamacare) aus, der US-Amerikaner verpflichtet, eine Krankenversicherung abzuschließen. Zudem plant Clinton, die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen zu verbessern. Diese Vorschläge hält eine absolute Mehrheit von 77% der Panelteilnehmer für sinnvoll, während

sich 13% für die Beibehaltung des Status quo aussprechen. Die Vorschläge Donald Trumps, der für eine Abschaffung von Obamacare sowie für Einsparungen bei staatlichen Zuschüssen ins Gesundheitssystem wirbt, bevorzugen dagegen nur wenige Teilnehmer des Ökonomenpanels (10%).

Migrationspolitik

In der **Migrationspolitik** hat sich die Zahl der illegalen Immigranten bei ca. 11 Mio. Menschen verfestigt. Verordnungen der Obama-Regierung, die zahlreiche von ihnen vor der Abschiebung schützen, führten allerdings zu innenpolitischen Auseinandersetzungen und Klagen (vgl. Passel und Cohen 2016, S. 4, 10).

Auch die beiden Kandidaten haben sich mit deutlich kontroversen Vorschlägen positioniert. Während Hillary Clinton eine liberale

Migrationspolitik anstrebt und eine Amnestie für illegale Einwanderer erlassen sowie erleichterte Einreisebedingungen für Einwanderer einführen möchte, steht Donald Trump für eine rigide Abschiebungspolitik im Hinblick auf illegale Einwanderer ein. Zudem spricht Trump sich aber auch dafür aus, das Bleiberecht von Migranten, die bereits seit Jahrzehnten in Amerika arbeiten, zu überprüfen. Bei einem Vergleich dieser Vorschläge erwartet eine deutliche Mehrheit der Teilnehmer von Clintons Vorschlägen im Bereich der Migrationspolitik positivere Auswirkungen für die US-amerikanische Wirtschaft als von Trumps Ideen. So bevorzugen 54% der Teilnehmer Clintons Ideen, während lediglich 17% Trumps Position gutheißen. 29% der befragten Ökonomen würden allerdings lieber den Status quo in der Migrationspolitik beibehalten und keines der beiden Programme umsetzen wollen.

Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik

Auch im **Hochschulbildungsbereich** erwarten die befragten Ökonomen von Hillary Clinton mehrheitlich bessere Impulse als von Donald Trump. In den letzten Jahren sind die Studiengebühren in den USA zunehmend gestiegen, was gerade jüngere Wähler als Problem ansehen (vgl. Harvard Public Opinion Project 2014, S. 9). Clinton wirbt im Wahlkampf unter anderem für eine einkommensabhängige Abschaffung von Studiengebühren für Colleges sowie für eine verbesserte Finanzierbarkeit der Universitätsgebühren durch staatliche Unterstützung. Diese Vorschläge würde auch eine absolute Mehrheit von 78% der Teilnehmer des Ökonomenpanels bevorzugen, im Vergleich zu 22%, die wie Donald Trump, den Status quo präferieren.

Befragt dazu, welcher der Kandidaten im Bereich der **Arbeitsmarktpolitik** bessere Impulse setzen wird, spricht

sich auch hier die Mehrheit der Teilnehmer eindeutig für Hillary Clinton aus (70%, vgl. Abb. 4). Immerhin sind noch 25% der Teilnehmer der Ansicht, dass es keine bedeutenden Unterschiede zwischen beiden Kandidaten geben wird.

Hillary Clinton warb im Wahlkampf unter anderem auch dafür, den gegenwärtig gültigen bundesstaatlichen Mindestlohn von 7,45 US-Dollar pro Stunde auf 12 US-Dollar pro Stunde zu erhöhen. Dieser Vorschlag findet bei den befragten Ökonomen allerdings kaum Unterstützung. Eine Mehrheit von 64% der Teilnehmer bevorzugt den Status quo mit 7,45 US-Dollar pro Stunde. 18% sprechen sich sogar für eine generelle Abschaffung des bundesstaatlichen Mindestlohns aus, während ebenfalls 18% der Teilnehmer eine Erhöhung des Mindestlohns, wie von Clinton vorgeschlagen, bevorzugen (vgl. Abb. 5).

Wahl zwischen Pest und Cholera

Insgesamt setzt sich zwar die klare Präferenz der Ökonomen in der Wahlentscheidung für Clinton auch im direkten Vergleich für die meisten ihrer Vorschläge fort. Dennoch spiegeln die Kommentare der befragten Ökonomen wieder, dass grundsätzlich beide Kandidaten recht unbeliebt sind und Hillary Clinton schlussendlich oft nur als kleineres Übel angesehen wird. Nachfolgend findet sich eine Auswahl an Kommentaren der Teilnehmer zur Kandidatenliste:

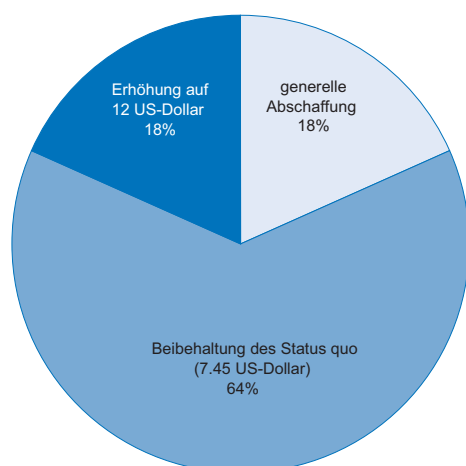
»Bei den beiden Hauptkandidaten: Wahl zwischen Pest und Cholera.«

»Donald Trump ist gar kein seriöser Kandidat, so dass es leider keine echte Wahlmöglichkeit gibt.«

Abb. 5

Bundesstaatlicher Mindestlohn in den USA

Welche Variante würden Sie im Hinblick auf eine Reform des bundesstaatlichen Mindestlohns in den USA bevorzugen?



Quelle: Ökonomenpanel September 2016.

»Ein Nominierungssystem, das solche Kandidaten hervorbringt, sollte (nein muss) man hinterfragen.«

»Für jeden einigermaßen klar Denkenden kann Donald Trump trotz sichtbarer Schwächen von Mrs. Clinton keine Wahl sein.«

»Die Kandidaten-Alternativen sind suboptimal.«

Als besonders negativ wird dabei Donald Trump charakterisiert, wie die Auswahl der nachfolgenden Kommentare weiter verdeutlichen:

»Gott bewahre uns vor Trump!«

»Ein US-Präsident Trump wäre eine Katastrophe.«

»Donald Trump schadet den USA sehr.«

»Trump ist einfach unterirdisch – die Stimmung bei seinen Unterstützern ist aber ernst zu nehmen.«

»Trump würde die Staatsfinanzen und den Umweltschutz ruinieren und die Sicherheit gefährden – mit seinen Aussagen über die NATO hat er schon das Kriegsrisiko in Europa erhöht.«

»Leider ist überhaupt nicht auszuschließen, dass Donald Trump die Wahl gewinnen wird. Dies wäre wirtschaftlich bereits ein Desaster, wenn er seine Ankündigungen zum Thema Wirtschaft auch nur zur Hälfte realisieren würde.«

Literatur

Blake, A. (2016), »A record number of Americans now dislike Hillary Clinton«, Washington Post-ABC News Poll, *The Washington Post*, 31. August; verfügbar unter: <https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2016/08/31/a-record-number-of-americans-now-dislike-hillary-clinton/>.

Clinton, H.D.R. (2012), »Rede als Außenministerin anlässlich ihres Besuches in Adelaide Australien«, 15. November 2012; verfügbar unter: <http://www.state.gov/secretary/20092013clinton/rm/2012/11/200565.htm>.

Clinton, H.D.R. (2016), »Rede zur Wirtschaftspolitik in Warren Michigan«, 11. August; verfügbar unter: <https://www.c-span.org/video/?2413874-1/hillary-clinton-lays-economic-vision>.

CNN und ORC International (2016), *Poll* 15, 28. September–2. Oktober 2016, »Cable News Network und Opinion Research Corporation International«, Princeton; verfügbar unter: <http://i2.cdn.turner.com/cnn/2016/images/10/03/2016.race.pdf>.

Enten, H. (2016), »Americans' Distaste For Both Trump and Clinton Is Record-Breaking«, *FiveThirtyEight*, 5. Mai, verfügbar unter: <http://fivethirtyeight.com/features/americans-distaste-for-both-trump-and-clinton-is-record-breaking/#fn-3>.

Guskin, E. (2016), »Donald Trump is the most unpopular presidential candidate since the former head of the Ku Klux Klan«, Washington Post-ABC News Poll, *The Washington Post*, 21. März, verfügbar unter: <https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2016/03/21/the-last-presidential-candidate-who-was-as-unpopular-as-donald-trump-david-duke/>.

Harvard Public Opinion Project (2014), *Survey of Young Americans' Attitudes Towards Politics and Public Service: 25th Edition*, Cambridge MA.

Huang, C.-C. und DeBot, B. (2016), »Ten Facts You Should Know About the Federal Estate Tax«, *Center on Budget and Policy Priorities*, Washington D.C.

IRS (2016), *2015 Instructions for Form 1120. U.S. Corporation Income Tax Return. Cat. No. 11455T*, Internal Revenue Service, Washington D.C., verfügbar unter: <https://www.irs.gov/pub/irs-pdf/i1120.pdf>.

NABE (2016), *Economic Policy Survey*, National Association for Business Economics, Washington D.C., verfügbar unter: <http://files.constantcontact.com/668faa28001/5ac72447-7e42-4a38-90d7-baf2872d0755.pdf?ver=1471625888000>.

Passel, J.S. und D. Cohn (2016), »Overall Number of U.S. unauthorized immigrants holds steady since 2009«, *Pew Research Center*, September.

Peters, J.W. und Y. Alcindor (2016), »Hillary Clinton struggles to win back young voters from third parties«, *The New York Times*, 28. September, verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2016/09/29/us/politics/hillary-clinton-millennials-third-party.html>.

Saad, L. (2016), »Trump Leads Clinton in Historically Bad Image Ratings«, *Gallup*, 1. Juli, verfügbar unter: <http://www.gallup.com/poll/193376/trump-leads-clinton-historically-bad-image-ratings.aspx>.

The Economist und *YouGov* (2016), *Poll*, 1.–3. Oktober 2016, London; verfügbar unter: https://d25d2506sfb94s.cloudfront.net/cumulus_uploads/document/a27478dsek/econToplines.pdf.

Tollefson, J. (2015), »Obama orders stronger limits on power-plant emissions«, *Nature News*, verfügbar unter: <http://www.nature.com/news/obama-orders-stronger-limits-on-power-plant-emissions-1.18030>.

Trump, D.J. (2016), »Rede zur Wirtschaftspolitik in Detroit«, 8. August, verfügbar unter: <https://www.c-span.org/video/?413674-1/donald-trump-unveils-economic-plan#>.